

Linke kritisiert Regierungspräsidium

Hanau (pm/upn). Die Fraktion „Die Linke.Hanau“ kritisiert die aktuelle Entscheidung des Regierungspräsidiums (RP) zum Thema Staudinger. Laut RP seien die Einwände und die damit verbundene Ablehnung der Stadt im Genehmigungsverfahren rechtswidrig. „Es scheint als würde das Regierungspräsidium im Sinne von E.ON alle Umweltbedenken beiseite schieben, deswegen ist es umso wichtiger, dass am 30. Juni viele Menschen zur Demonstration kommen, um ihre Ablehnung kundzutun“, so der Fraktionsvorsitzende Jochen Dohn. Für die Linke stehe weiterhin fest, dass alle Maßnahmen rund um das Kraftwerk Staudinger als Gesamtmaßnahmen gesehen werden müssten und somit ein Raumordnungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend notwendig sei. „Leider scheint von Seiten des Regierungspräsidiums – und damit indirekt der hessischen Landesregierung – alles unternommen zu werden, das wahre Ausmaß der Umweltbelastung und somit die Gesundheitsschäden zu verschleiern und zu verharmlosen“, schlussfolgert die Linke in ihrer Pressemitteilung.

HA. Mi, 13.06.07